

## LA1 Solidarität und Sicherheit auf Basis des Völkerrechts: Für Frieden in Israel und Gaza

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 11.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.2 Leitantrag "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

### Antragstext

1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 waren eine – für die  
2 israelische Bevölkerung - schmerzhafte und retraumatisierende Zäsur. An diesem  
3 Tag wurden 1200 israelische Zivilist\*innen ermordet und über 250 Menschen als  
4 Geiseln in den Gazastreifen entführt. Eines muss klar benannt werden: es ist die  
5 Agenda der Hamas und ihrer Verbündeten, den Staat Israel und das jüdische Leben  
6 in der Region auszulöschen. Das Existenzrecht Israels, das Recht auf  
7 Selbstverteidigung sowie der Schutz jüdischen Lebens sind für uns nicht  
8 verhandelbar. Aufgrund der deutschen Geschichte und der Verbrechen des Holocaust  
9 tragen wir eine besondere Verantwortung, die dauerhafte Sicherheit Israels und  
10 seiner Bürger\*innen zu gewährleisten.

11 Nach dem Massaker vom 7. Oktober reagierte die israelische Regierung mit einer  
12 militärischen Offensive, die das Ziel verfolgte, die Hamas dauerhaft zu  
13 entwaffnen. Angesichts der Zerstörung und der humanitären Lage im Gazastreifen  
14 bietet sich inzwischen ein verheerendes Bild. Während sich die Anzahl der Opfer  
15 derzeit kaum überprüfen lässt, gehen die Vereinten Nationen von über 60.000  
16 Toten und mehr als 160.000 Verwundeten aus, davon über die Hälfte unter  
17 vulnerablen Gruppen wie Kindern, Frauen und alten Menschen.[\[1\]](#)

18 Das Leid der Zivilbevölkerung, die hohen Opferzahlen und das Ausmaß der  
19 Zerstörung der kritischen Infrastruktur in Gaza sind erschütternd. Militärische  
20 Offensiven in verschiedenen Regionen Gazas haben 90 Prozent der Bevölkerung zu  
21 Binnenvertriebenen gemacht und die zivile Infrastruktur, darunter Krankenhäuser,  
22 Schulen und Hochschulen, zum Zusammenbruch gebracht. Neben der fehlenden  
23 medizinischen Versorgung beraubt dies insbesondere eine junge Generation in Gaza  
24 ihrer Bildungs- und Zukunftschancen. Mitschuld an dieser Tragödie trägt die  
25 Hamas, die seit Jahrzehnten gezielt die Grenzen zwischen militärischer und  
26 ziviler Infrastruktur verwischt, um die Menschen vor Ort als Schutzschilder zu  
27 missbrauchen. Ein Vorgehen, das eindeutig gegen das humanitäre Völkerrecht  
28 verstößt und das wir strikt verurteilen.

29 Nach einigen Wochen der Waffenruhe zu Beginn des Jahres 2025 führte die  
30 Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu im März den Krieg im  
31 Gazastreifen fort und verhängte zeitgleich eine Blockade über die Lieferung  
32 humanitärer Hilfsgüter nach Gaza. Die folgende Hungersnot betrifft  
33 Hunderttausende Menschen. 132.000 Kinder sind aufgrund akuter Mangelernährung  
34 vom Tod bedroht.[\[2\]](#) In mehreren Anordnungen und Gutachten hat der Internationale  
35 Gerichtshof (IGH) die Dringlichkeit des Schutzes der Zivilgesellschaft betont.  
36 Das undifferenzierte Vorgehen gegen die Bevölkerung in Gaza verurteilen wir  
37 nachdrücklich. Zudem ist der Zugang zu unabhängigen Informationen aus dem  
38 Gazastreifen stark eingeschränkt. Journalist\*innen haben keinen freien Zutritt  
39 und viele wurden unter zum Teil noch ungeklärten Umständen getötet. Angesichts  
40 des Ausmaßes der Zerstörung in Gaza und der gezielten Blockade humanitärer Hilfe  
41 muss die Verhältnismäßigkeit der israelischen Selbstverteidigung im Rahmen des  
42 humanitären Völkerrechts mittlerweile in Zweifel gezogen werden.

43 Treibende Kraft hinter der humanitären Blockade und der Fortsetzung des Kriegs  
44 sind die Rechtsextremisten in der israelischen Regierung. Durch Netanjahus  
45 innenpolitische Motivation, insbesondere den Willen zum persönlichen  
46 Machtbehalt, haben sie weit mehr politisches Gewicht, als ihnen mit Blick auf  
47 ihre Größe in der Knesset zukommen würde. Vertreter dieser Parteien, wie die  
48 Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir, haben sich in der Vergangenheit  
49 wiederholt menschenfeindlich über Palästinenser\*innen geäußert und eine  
50 dezidiert antiarabische Vision eines „Großisrael“ propagiert, die auch eine  
51 Annexion des Westjordanlandes einschließt; [3] auch Premierminister Netanyahu hat  
52 seine Unterstützung für dieses Projekt zum Ausdruck gebracht [A] Eine weitere  
53 Ausbreitung jüdischer Siedlungen würde eine Befriedung der Region im Rahmen  
54 einer Zwei-Staaten-Lösung endgültig unmöglich machen. Die kürzlich von der  
55 Netanjahu-Regierung auf den Weg gebrachten Beschlüsse, um neue Siedlungen im  
56 Westjordanland zu schaffen, und die von Bezalel Smotrich vorgestellten Pläne,  
57 zur ausdrücklichen Verhinderung eines palästinensischen Staates mehr als 80% des  
58 Westjordanlandes zu annexieren [B], verdeutlichen, dass die amtierende  
59 Regierung aktiv gegen eine Zwei-Staaten-Lösung arbeitet. Die im Juli von einer  
60 breiten Mehrheit der Knesset getragene Resolution, die eine Annexion des  
61 Westjordanlandes fordert [C], verdeutlicht den Rückhalt dafür auch im Parlament,  
62 ohne dabei jedoch Rückschlüsse auf die Bevölkerung zuzulassen.

63 Mit der Fortführung des Krieges in Gaza agiert die Regierung um Netanjahu auch  
64 gegen die wachsende Kritik aus den Reihen des eigenen Militärs [4] und der  
65 Opposition, sowie gegen einen großen Teil der Zivilgesellschaft, der zu  
66 Zehntausenden gegen den Krieg demonstriert, [5] und gegen die Familien der  
67 entführten Geiseln. Diese engagieren sich für ein Ende des Krieges im  
68 Gazastreifen und die sichere Rückkehr der noch in Gefangenschaft befindlichen  
69 Personen [6], zu denen auch mehrere deutsche Staatsbürger gehören. [7]

70 Deutschland muss sich in dieser Situation und vor dem Hintergrund seiner  
71 historischen Verantwortung klar positionieren: solidarisch mit der  
72 Zivilgesellschaft vor Ort, für die Sicherheit Israels und im Einklang mit einer  
73 regelbasierten Weltordnung. Wir respektieren die Entscheidungen des  
74 Internationalen Strafgerichtshofs und seine Rolle bei der Durchsetzung des  
75 Völkerrechts. Das Handeln der Netanyahu Regierung hat Israel diplomatisch und  
76 international isoliert und damit in existentielle Gefahr gebracht. Deutschland  
77 sollte der amtierenden israelischen Regierung im Interesse der langfristigen  
78 Sicherheit Israels im direkten diplomatischen Austausch deutliche Kritik äußern  
79 und sich entsprechend eng mit unseren europäischen und internationalen Partnern  
80 abstimmen. So hat Annalena Baerbock als Außenministerin bereits Anfang 2024 in  
81 Gesprächen in Jerusalem den Einsatz von Hunger scharf verurteilt. [8]

82 Die Ziele sind in erster Linie die Freilassung der Geiseln, Verbesserung der  
83 humanitären Versorgung der Menschen in Gaza und eine Reduzierung der  
84 israelischen Militäroperationen sowie ein dauerhafter Waffenstillstand.  
85 Gleichzeitig müssen personenbezogene Sanktionen (z. B. gegen die Minister Ben-  
86 Gvir und Smotrich) auf den Weg gebracht werden, um zu signalisieren, dass ihre  
87 menschenfeindliche Politik und Rhetorik gegenüber der palästinensischen  
88 Bevölkerung nicht geduldet wird. Auch die Aussetzung einzelner Kapitel des EU-  
89 Assoziierungsabkommens sollte geprüft werden. Deutschland sollte alle  
90 Anstrengungen unterstützen und vorantreiben, eine von den arabischen Staaten und  
91 der Palästinensische Befreiungsorganisation getragene Nachkriegsordnung in Gaza  
92 zu realisieren. Dabei darf keine Einigung mitgetragen werden, die die

93 Terrororganisation Hamas irgendeine politische Rolle zugesteht. Das würde das  
94 Leben der Menschen in der Region zukünftig erneut gefährden und die Sicherheit  
95 Israels dauerhaft bedrohen.

96 Friedrich Merz hat angekündigt, dass Deutschland keine Rüstungsgüter mehr nach  
97 Israel liefern wird, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten. Während  
98 diese Entscheidung nachvollziehbare Gründe hat und im Grundsatz von uns  
99 unterstützt wird, bleibt eine trennscharfe Abgrenzung der Rüstungsgüter  
100 schwierig und muss im Kontext der Bedrohung Israels durch eine Vielzahl an  
101 Akteuren in der Region und der Bedeutung der Verteidigungsfähigkeit abgewogen  
102 werden. Diese Akteure umfassen neben der Hamas auch den Iran, die Hisbollah im  
103 Libanon und Syrien sowie die Huthi im Jemen. Die Verteidigungsfähigkeit Israels  
104 darf von einer Einschränkung der Waffenlieferungen nicht beeinträchtigt werden.

105 In den vergangenen Monaten haben mehrere Staaten angekündigt, einen  
106 palästinensischen Staat anzuerkennen zu wollen, einige haben diesen Schritt  
107 bereits vollzogen. Solange die Hamas die politische Führung in Gaza innehat,  
108 lehnen wir diese Anerkennung ab. Klar ist, dass es einen geordneten Prozess zur  
109 unabhängigen und friedlichen Verwaltung der palästinensischen Gebiete braucht,  
110 in dessen Rahmen eine Anerkennung möglich wird.

111 Als Bündnis90/Die Grünen Bremen treten wir für eine friedliche und gerechte  
112 Lösung im Nahostkonflikt ein. Die Erklärung von New York, die auch von mehreren  
113 arabischen Staaten unterstützt wird, zeichnet die notwendigen Schritte in diese  
114 Richtung vor. Dringend erforderlich sind: ein sofortiger Waffenstillstand, die  
115 Freilassung aller Geiseln, ein dauerhaft uneingeschränkter Zugang für humanitäre  
116 Hilfe, die Entwaffnung und Entmachtung der Hamas, der Wiederaufbau ziviler  
117 Infrastruktur sowie die Rückkehr zu ernsthaften Friedensgesprächen mit dem Ziel  
118 einer Zwei-Staaten-Lösung.

119 Der Verlauf des Krieges und seine Folgen für Gaza und Israel bewegen sehr viele  
120 Menschen in unserem Bundesland. In Bremen und Bremerhaven leben zahlreiche  
121 Menschen, die persönliche Beziehungen in die Region haben und direkt von den  
122 Kriegsfolgen betroffen sind. Meinungsäußerungen und Demonstrationen, die auf das  
123 Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung aufmerksam machen, finden ihre  
124 Grenze dort, wo es zu Antisemitismus und Gewalt kommt. Jüdinnen und Juden sollen  
125 im Land Bremen sicher leben können. Diskriminierung von Jüdinnen und Juden  
126 stellen wir uns ebenso wie antiisraelischem Antisemitismus entschieden entgegen.  
127 Im Rahmen der Möglichkeiten unseres Bundeslandes und seiner beiden Kommunen  
128 Bremen und Bremerhaven wollen wir:

- 129 • die Aufnahme von Kindern und Familien aus Gaza und Israel unterstützen,  
130 die dringend psychologische oder medizinische Hilfe benötigen. Hier ist

131 die Bundesregierung in der Verantwortung, Strukturen zu schaffen, um eine  
132 sichere Einreise zu ermöglichen,

- 133 • Zivilgesellschaftlicher Organisationen unterstützen, die sich der  
134 Menschenrechts- und Friedensarbeit im Kontext von Israel und den  
135 palästinensischen Gebieten widmen,  
136 • Effektive Maßnahmen gegen Antisemitismus sowie antimuslimischen Rassismus  
137 fördern,  
138 • Schulische Formate entwickeln und fördern (z. B. in Zusammenarbeit mit der  
139 Landeszentrale für politische Bildung), um differenzierte Perspektiven zum  
140 Nahostkonflikt zu vermitteln und antisemitischen wie antimuslimischen  
141 Vorurteilen vorzubeugen.

142 [1]<https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-3-september-2025>

144 [2]<https://de.wfp.org/krise/in/gaza>

145 [3]<https://www.spiegel.de/ausland/israel-usa-empoeren-sich-ueber-aufreuehrerische-gaza-aeusserungen-von-itamar-ben-gvir-a-b9755fe9-b913-4546-8dfa-9970c5ad530f>

148 [4]<https://www.nytimes.com/2024/06/20/world/middleeast/netanyahu-israel-idf-war.html>

150 [5]<https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-krieg-zigtausende-demonstrieren-in-jerusalem-vor-netanyahu-residenz-fuer-kriegsende-a-ed205fcc-e0d5-4fb9-8df8-901e7775b8ce>

153 [6]<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-08/nahost-israel-krieg-gazastreifen-geiseln-waffenstillstand-demonstrationen>

155 [7]<https://www.juedische-allgemeine.de/israel/nennt-ihre-namen/>

156 [8]<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/israel-annalena-baerbock-und-benjamin-netanjahu-geraten-heftig-aneinander-a-90e5c7cf-7eb3-4f49-8ef5-0cf0d2854d1b>

## Begründung

Erfolgt mündlich auf der Landesmitgliederversammlung

## Unterstützer\*innen

Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Henrike Müller (KV Bremen Links der Weser); Emanuel Herold (KV Bremen Links der Weser)